



<https://biz.ii2wra>

GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE DER REGION: AUSWIRKUNGEN DER CORONA-KRISE AUF FRAUEN

Veröffentlicht am 09.06.2020 um 17:35 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Frauen sind von der Corona-Krise besonders stark betroffen. Sie tragen die Hauptlast der Krise, die Folgen der Maßnahmen treffen sie ungleich gravierender als Männer. Ihre Interessen werden hingegen in der Dynamik der politischen Entscheidungen zu wenig berücksichtigt: Dies führt Petra Mundt, Gleichstellungsbeauftragte der Region Hannover, in einem Positionspapier aus, das sie am heutigen Dienstag, 9. Juni 2020, im Gleichstellungsausschuss vorgestellt hat. Sie fordert darin auch von den Kommunen, dazu beizutragen, die aktuelle Lage der Frauen zu verbessern. "Die Problemlagen verschärfen sich genau in den Handlungsfeldern, die auch schon vor der Krise im Fokus unsere Gleichstellungsbemühungen standen", sagt Petra Mundt. Am Beispiel der sogenannten "Frauenberufe" zeige sich ihr zufolge die strukturelle Ungerechtigkeit. Frauen arbeiten überwiegend in den systemrelevanten Berufen, deren Wichtigkeit in den vergangenen Wochen mehr als deutlich geworden ist. Ihre Bezahlung hingegen ist immer noch unterdurchschnittlich. Petra Mundt fordert, die Arbeitsbedingungen und das Image systemrelevanter Berufe aufzuwerten. Gleichzeitig macht sie deutlich, dass Frauen in der Corona-Pandemie wieder in traditionelle Rollenbilder gedrängt werden und noch mehr Verantwortung für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen übernehmen. Dies habe für sie zum Teil erhebliche finanzielle Auswirkungen und Folgen für ihre berufliche Zukunft. Solange die Kitas und Schulen noch nicht im Regelbetrieb sind, leben viele berufstätige Eltern weiterhin an der Belastungsgrenze. "Auch, wenn die Verantwortlichen bei ihrem Betreuungsauftrag weiterhin vor großen Herausforderungen stehen, dürfen diese nicht noch länger auf den Schultern der Familien und insbesondere der Frauen ausgetragen werden. Ich setze darauf, dass die zuständigen Kommunen weiterhin die Kraft aufbringen, für ausreichende Angebote zu sorgen. Mittlerweile ist allen klar, dass Kinderbetreuung im Home-Office keine dauerhafte Perspektive bietet", so Mundt. Häusliche Gewalt ist kein neues Thema, es verschärft sich aber in der Corona-Krise durch Überlastung, räumliche Enge und steigende partnerschaftliche Konflikte. Petra Mundt sagt: "Es ist wichtig, dass die Frauenhäuser und Beratungsstellen sich auf eine langfristige Finanzierung verlassen können, um die Folgen, die diese Krise mit sich bringt, aufzufangen. Schutzmaßnahmen gegen Gewalt an Frauen müssen weiter eine wichtige Rolle spielen." Auch für schwangere und gebärende Frauen ist die Corona-Krise ein harter Einschnitt. Petra Mundt fordert unter anderem die uneingeschränkte Begleitung einer Vertrauensperson vor, während und nach der Geburt, auch bei einem Kaiserschnitt, um Frauen in dieser sensiblen Phase nicht allein zu lassen. All die genannten Aspekte führen dazu, dass Frauen derzeit noch weniger als sonst die Möglichkeit haben, sich politisch einzubringen. Petra Mundt verweist auf das Beispiel der Zusammensetzung der Leopoldina-Arbeitsgruppe, auf deren Corona-Empfehlungen sich die Bundesregierung stützt. Auf 24 Männer kommen hier nur zwei Frauen. Sie fordert: "Gremien müssen unbedingt zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzt werden, damit auch Frauen und ihre Anliegen besser repräsentiert werden." Gleichstellung ist aber kein alleiniges kommunales Projekt. Um die Lage der Frauen in Zeiten von Corona nachhaltig zu verbessern, müssen die zum Teil jahrzehntealten gleichstellungspolitischen Forderungen endlich auf allen staatlichen Ebenen eingelöst werden. Dies gilt insbesondere für die europäische wie für die Bundes- und Landesebene - nur so lassen sich wirkungsvoll Fortschritte erzielen", schließt Petra Mundt. Das komplette Positionspapier ist abrufbar unter www.hannover.de/gleichstellung-region.